

**Wahl: Kantonsratswahlen Zürich 2023**

**Name: Markus Reck**

**Erstellt am: 03.01.2023**

| Frage   | Antwort   | Kommentar zur Antwort erfassen  |
|---|-----------|---|
| Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters (z.B. auf 67 Jahre) für Frauen und Männer?   | Ja        | Die Schweizer Altersvorsorge ist unterfinanziert. Um die Schiefelage zu korrigieren, müssen entweder die Renten gekürzt, die Beiträge erhöht oder eben das Rentenalter angehoben werden. Gesellschaftlich scheint aber eine Lösung mit mehr Flexibilisierung erwünscht. Die Erhöhung erscheint daher nur bei gleichzeitiger Flexibilisierung des Einstiegs in die Rente realistisch und vertretbar, z.B. mit stufenweiser Reduktion des Pensums etc., ohne Nachteile/Abzüge bei der AHV oder beim BVG.              |
| Sollen im Kanton Zürich Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen eingeführt werden?   | Eher nein | Ein bezahlbares Kinderbetreuungssystem im ganzen Kanton ist eine bessere und zielführende Alternative, da sie dort ansetzt, wo die Schwächsten - die Kinder - Förderung benötigen.  |
| Befürworten Sie einen Ausbau der bezahlten Elternzeit (aktueller gesetzlicher Stand: 14 Wochen Mutterschafts-, 2 Wochen Vaterschaftsurlaub)?  | Eher ja   | Die Einführung einer nationalen (nicht kantonalen) Elternzeit von je 14 Wochen pro Elternteil spiegelt die gesellschaftlich erwünschte Lösung. Sie trägt zur Gleichberechtigung der Geschlechter bei. Insbesondere ist sie aber auch volkswirtschaftlich sinnvoll, weil sie den Verbleib beider Elternteile im Arbeitsmarkt fördert, und damit Wirtschaft & Staat wertvolle Fachkräfte erhält.  |
| Soll der Kanton Zürich das Betreuungsangebot für Kinder stärker fördern (mehr subventionierte Plätze, bessere Bezahlung der Betreuer/-innen, angepasste Betreuungsschlüssel)?                                 | Eher ja   | Der Fokus sollte hier darauf liegen, dass Frauen und Männer im aktiven Erwerbsleben bleiben können, ob aus beruflichen Gründen, um à jour zu bleiben oder aufgrund eines tiefen Einkommens beider Ehepartner. Eine gezielte, grössere staatliche Beteiligung an den Kinderbetreuungskosten erscheint daher zielführend. Diese soll insbesondere über einkommensabhängige Betreuungsgutscheine geschehen und ebenfalls Anreize setzen, in die Kita-Qualität (Betreuungsschlüssel, Bezahlung) zu investieren.         |
| Sollen Gemeinden, die hohe Sozialhilfekosten tragen, via Finanzausgleich stärker entlastet werden (z.B. Schaffung eines Solidaritätsfonds)?   | Nein      | Der Kanton beteiligt sich bereits stark über den Finanzausgleich sowie die unterstützend bei den Ergänzungsleistungen substanzial an den Sozialkosten der Gemeinden. Zusätzlich wäre ein Solidaritätsfonds (evtl. zeitlich befristet) unter den Gemeinden sinnvoll und nicht eine weitere Erhöhung der Kantonssubventionen.   |
| Befürworten Sie eine Verschärfung des Sozialhilfegesetzes im Kanton Zürich (z.B. Begrenzung der Zulagen, tieferer Ansatz des Existenzminimums, strengere Kontrolle der Gesuche)?                              | Nein      | Das bestehende, gut ausgebaute soziale Auffangnetz ermöglicht ein würdevolles Leben in allen Lebenssituationen und in jedem Alter. Sozialpolitik muss die Möglichkeiten der Menschen berücksichtigen, darf auch fordern und fördern. Das heisst zum Beispiel, dass auch Wege zurück in ein eigenständiges Leben aufzuzeigen sind. Eine Verschärfung des Zürcher Sozialhilfegesetzes erscheint jedoch nicht angezeigt.   |
| Sollen Personen eine zusätzliche Gebühr bezahlen müssen, wenn sie den Spitalnotfall wegen nicht dringlicher Behandlungen aufsuchen?   | Ja        | Dass Hausärzte in der Regel die erste Anlaufstelle für die med. Versorgung sind, wurde in den vergangenen Jahren durch eine starke Zunahme der Konsultationen im Spitalnotfall ersetzt, die teurer sind. Die Angewohnheit, wegen Bagatellen jederzeit, vermehrt die Notfallabteilungen der Spitäler aufzusuchen, überlastet die Notfallorganisation. Dies führt zu unnötiger Belastung des medizinischen und pflegerischen Personals und gefährliche Wartezeiten für echte Notfälle.                                |
| Soll der Kanton Zürich aufgrund der gestiegenen Preise mehr Geld für die Verbilligung der Krankenkassenprämien bereitstellen?   | Eher nein | Die steigenden Krankenkassenprämien verdeutlichen die gesellschaftlichen Entwicklungen und spiegeln eine älter werdende Gesellschaft. Sie sind eine Belastung für grosse Teile der Bevölkerung. Massnahmen müssen zuallererst bei den Ursachen des Kostenwachstums im Gesundheitswesen ansetzen und Lösungen wie Hausarzt- oder Managed-Care-Modelle fördern und finanziell attraktiv machen. Nationale Regelungen sind kantonalen auf jeden Fall vorzuziehen.  |
| Soll der Kanton das Therapieangebot für psychisch erkrankte Menschen ausbauen?  | Eher ja   | Psychische Erkrankungen nehmen zu und die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung weiter verstärkt. Der Ausbau muss sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und damit sukzessive der Nachfrage orientieren und nicht auf Vorrat geschehen.   |
| Soll der Kanton die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten, Löhne, Tarife) von Fachpersonen der medizinischen Grundversorgung (Pflege, Spitex, Physiotherapie, Ergotherapie etc.) verbessern? [Bürger/-innenfrage] | Eher ja   | Eine Anpassung der (nationalen) Tarife, im Krankenversicherungsgesetz bzw. der entsprechenden Verordnung (KLV) wäre dazu ein erster, wichtiger Schritt. Eine Förderung der Aus- und Weiterbildung des Personals, eine Anpassung der Betreuungszeiten und -schlüssel wäre grundlegend. Der Kanton kann hier wenig tun, denn der Bund, National- und Ständerat sowie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) müssen hier Grundlagen schaffen und die Krankenversicherungen bereit sein, ihren Anteil daran zu finanzieren. |
| Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?                               | Eher nein | Es gibt Vor- und Nachteile bei beiden Modellen jedoch fehlen die entsprechenden Ressourcen zur Begleitung und Unterstützung des Lehrpersonals, damit diese auch den Kindern gerecht werden können, die gute schulische Leistungen erbringen.  |
| Sollen im Kanton Zürich alle Schulen als Tagesschulen mit freiwilligem Betreuungsangebot (modulare Tagesschule) geführt werden?   | Eher ja   | Tagesschulen sind ein wichtiger Pfeiler in der Betreuungsinfrastruktur, damit es Eltern (die auch Fachkräfte im Arbeitsprozess sind) von schulpflichtigen Kindern möglich ist, ganztags zu arbeiten, ohne grossen organisatorischen Zusatzaufwand bspw. für die Mittagsbetreuung und eine gesunde Ernährung.  |

|  |           |   |
|--|-----------|---|
| Soll der Kanton schwache Schüler/-innen stärker unterstützen (z.B. Unterstützungsangebote durch Sozialpädagog/-innen, Gutscheine für Nachhilfe-/Förderunterricht)?             | Eher nein | Gerechte Bildungschancen sind die Grundlage einer Demokratie! Die öffentlichen Schulen als Basis sind zu stärken und die Förderung dort für alle mit Lernproblemen anzubieten.  |
| Soll der Kanton Zürich die Berufsbildung finanziell stärker unterstützen?  | Ja        | Die Berufsbildung ist der wichtigste Pfeiler unseres Dualen Bildungssystems und muss unbedingt gestärkt werden. Das kommende Schülergenerationen müssen hier motiviert werden, diesen Weg einzuschlagen, da (bisher) 70% den Weg der Berufsbildung gingen und grosser Mangel an Fachpersonal herrscht. Die Unternehmen leisten einen grossen Bildungsbeitrag, um diese Herausforderung zu meistern und müssen vom Kanton angemessen mitgetragen und wo notwendig auch stärker unterstützt werden.             |
| Soll der Kanton Zürich Ausländer/-innen bei der Integration stärker unterstützen (z.B. ausgebaut Sprachförderung, zusätzliche Sozialarbeiter/-innen)?                          | Eher nein | Es gibt zahlreiche Förderangebote, aber v.a. sind dabei die Gemeinden gefordert. Die Begleitung zur Integration sollte immer an ein klar gefasstes Engagement der unterstützten Ausländer/-innen, definierte Ziele und Etappen sowie die regelmässige Besprechung des Erreichten geknüpft werden. Integration geschieht durch die Gesellschaft im Rahmen von gemeinsame Aktivitäten, Festlichkeiten und kulturellen Veranstaltungen. Diese sind entsprechend in erster Linie auf kommunaler Ebene zu fördern. |
| Soll der Kanton Zürich freiwillig mehr geflüchtete Personen aus Konfliktgebieten aufnehmen?  | Eher ja   | Der Kanton Zürich hat keine Kompetenz, das Flüchtlingskontingent zu erhöhen. Darüber entscheidet der Bund Der Kanton sollte bei der Eidgenossenschaft dafür einsetzen, dass Flüchtlinge, die realistische Chancen auf eine Anerkennung haben, aufgenommen und deren Anträge schneller geprüft werden, um sie rasch zu integrieren.  |
| Sollen Ausländer/-innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene erhalten?  | Eher ja   | Der Einbürgerung ist Priorität zu geben. Gut integrierte Mitmenschen mit ausländischer Staatszugehörigkeit sollen unkompliziert die Möglichkeit haben, sich einbürgern dazu lassen. Auf Gemeindeebene kann ein Stimm- und Wahlrecht ermöglicht werden, denn es fördert Integration und Interesse an lokalen und regionalen Themen.  |
| Befürworten Sie ein Einbürgerungsverbot für Personen, die innerhalb der letzten fünf Jahre vor Antragsstellung Sozialhilfe bezogen haben?                                      | Nein      | Die Integration und folglich die Einbürgerung sollten gefördert und nicht neue "Hürden" aufgebaut und Menschen, die den Willen haben, Teil unserer Gesellschaft zu sein, ausgegrenzt werden. Der eigene Anspruch an die direkte Demokratie der Schweiz und der wachsende Anteil der Bevölkerung, welcher kein Teil dieser Demokratie ist, widerspricht sich. Der Vorschlag von neu 5 Jahren ohne Sozialhilfe ist strenger als die heutige nationale Gesetzgebung (3 Jahre Frist).                             |
| Befürworten Sie den Entscheid, den Schutzstatus S für geflüchtete Personen aus der Ukraine zu verlängern (bis mindestens März 2024)?   | Ja        | Die Verlängerung Schutzstatus wurde vom Bundesrat beschlossen. Die Rückkehr in die Ukraine ist nicht vertretbar und die Verlängerung um ein Jahr (analog EU) schafft für die Geflüchteten, aber auch für Schulen, Arbeitgebe:rinnen, Vermieter:innen Sicherheit und Planbarkeit.  |
| Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?  | Nein      | Ohne Europa funktioniert auch die Schweiz schlechter. Wir sind mittendrin und sollten uns bewusst sein, dass unsere wichtigsten Handelspartner, die auch unsere Werte von Demokratie und Meinungsfreiheit teilen, in Europa liegen. Schengen/Dublin sichert Reise- und Niederlassungsfreiheit in ganz Europa zu und ist damit zentral für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Europäische Zusammenarbeit muss in Krisenzeiten gestärkt und gefördert werden - nicht weiter geschwächt.                       |
| Soll der Konsum, Anbau und Verkauf von Cannabis legalisiert werden?  | Eher ja   | Eine Legalisierung erscheint akzeptabel, wenn die Rahmenbedingungen bzw. die gesetzlichen Vorgaben und die Besteuerung klar und durchsetzbar sind (analog Tabak und Alkohol) und Kinder und Jugendliche ausreichend geschützt werden.   |
| Würden Sie die Einführung eines Aktionsplans zur Verminderung von Diskriminierung und Übergriffen auf queere Personen (homo-, bi- und intersexuelle sowie Trans-Personen)      | Ja        | Queere Menschen werden in der Schweiz immer noch zu oft aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert. Übergriffe im öffentlichen Raum lösen immer noch Ängste aus. Entsprechend erscheint es in unserer offenen, toleranten Gesellschaft (leider immer noch) angezeigt, Massnahmen zu ihrem Schutz zu ergreifen.   |
| Befürworten Sie ein Verbot von genderneutraler Sprache (z.B. Binnen-I, Stern, Doppelpunkt oder ähnliches) in von kantonalen Stellen publizierten Dokumenten?                   | Eher nein | In einer liberalen Gesellschaft braucht es weder ein Gebot noch ein Verbot der geschlechtergerechten Sprache und Regelungen.  |
| Sollte während einer Pandemie (z.B. Coronavirus-Pandemie) auf staatliche Einschränkungen im Privat- und Wirtschaftsleben weitgehend verzichtet werden (Eigenverantwortung der) | Eher nein | Im Sinne des Gemeinwohls sollen (verhältnismässige) Einschränkungen möglich sein. Diese müssen der Situation aber angemessen, durchsetzbar und für den Grossteil der Bevölkerung verständlich und akzeptabel sein.  |
| Soll die finanzielle Unterstützung für die Kultur generell erhöht werden?  | Eher nein | Der Kanton Zürich hat eine aktive, kreative und vom Publikum akzeptierte und genutzte Kulturszene. Die Förderungen von Kanton und Gemeinden berücksichtigen die gesellschaftlichen und sowohl die regionalen wie internationalen Entwicklungen und erscheinen im heutigen Rahmen als sinnvoll und angemessen.   |

|  |           |  |
|--|-----------|--|
| Befürworten Sie die Legalisierung der Leihmutterschaft in der Schweiz?   | Eher nein | Durch die Legalisierung der (nicht-kommerziellen) Leihmutterschaft in der Schweiz kann gewährleistet werden, dass das Kind optimal medizinisch versorgt wird und weder die Eltern noch die Leihmutter ausgebeutet werden. Paare müssten nicht mehr ins Ausland und sich an den Rand der Legalität begeben. Die Ausbeutung von Frauen in prekären Lebenssituationen ist hingegen aus ethischer und feministischer Sicht inakzeptabel.   |
| Braucht es Ihrer Meinung nach ein Prostitutionsverbot im Kanton Zürich?  | Nein      | Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere. Sie erfolgt oft aus einer ökonomischen oder sozialen Notlage heraus. Ein Prostitutionsverbot aber drängt das Sexgewerbe in die Illegalität und führt zu einer Verschlechterung der Lebenssituation der Sexarbeitenden.   |
| Haben für Sie Steuersenkungen für natürliche Personen in den nächsten vier Jahren Priorität?   | Eher nein | Bei den Unternehmenssteuern rangiert der Kanton Zürich als nationaler Wirtschaftsmotor schweizweit als Schlusslicht. Um gegenüber den anderen Kantonen wettbewerbsfähig zu bleiben, sollte Steuerlast für Unternehmen (v.a. Klein- und Mittelbetriebe) gesenkt werden.   |
| Würden Sie eine Abschaffung der Kirchensteuer für Unternehmen befürworten?   | Eher nein | Die staatliche Finanzierung einzelner Religionsgemeinschaften in einem säkularen Staat wie der Schweiz erscheint diskutabel, jedoch bekennen sich noch gut 50% der Bevölkerung dazu. Die Kirchen erbringen wichtige soziale Leistungen und unterstützen die Schwächsten aus institutioneller, aber auch innerer Berufung heraus.   |
| Befürworten Sie einen Einstellungsstopp beim Kantonspersonal (Einfrieren des Stellenbestands)?   | Eher nein | Der Kanton Zürich wächst und muss sich wandelnden Herausforderungen stellen. Eine effiziente Verwaltung benötigt kompetentes Personal und muss als Arbeitgeberin flexibel bleiben. Pauschal alle Einstellungen zu untersagen, erscheint wenig sinnvoll und würde die kantonale Verwaltung zu sehr einschränken.  |
| Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen besteuert werden (Individualbesteuerung)?  | Ja        | Viele gut ausgebildete Personen arbeiten weniger, als sie gerne würden. Damit wird das Arbeitskräftepotential noch zu wenig ausgeschöpft und verstärkt den Fachkräftemangel. Die überproportional hohe Steuerbelastung auf dem Zweitverdienst belastet einen grossen Teil des zusätzlichen Einkommens zu sehr. Die Individualbesteuerung bietet dafür eine einfache und auf die heutigen gesellschaftlichen Erfordernisse - sowohl privat wie wirtschaftlich - ausgerichtete Lösung.                               |
| Befürworten Sie, dass Angestellte des Kantons 2023 den vollen Teuerungsausgleich erhalten (3.5% Teuerungszulage zum Lohn)?   | Eher nein | Die Zürcher Regierung hätte mit einem Teuerungsausgleich von 3.5% deutlich mehr gewährt als Bundespersonal (2.5%) und Privatwirtschaft (2.2%) erhalten. Besonders störend ist, dass derselbe Regierungsrat den Sozialhilfebezügern nur 2.5% gewährt. Mit dem vollen Teuerungsausgleich hätte sich der Kanton in Zeiten des Fachkräftemangels einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Realwirtschaft verschafft - und das Ganze auf Kosten der steuerzahlenden Personen und Unternehmen.                    |
| Befürworten Sie die Einführung eines (kantonalen) Mindestlohns von CHF 4'000 für eine Vollzeitstelle?  | Nein      | Aufgrund der herrschenden Vollbeschäftigung und des Fachkräftemangels ist dies heute bereits (fast) überall Realität. Zudem könnte die Wirkung eines Mindestlohns gerade im Niedriglohnbereich kontraproduktiv sein, da er als "Zwangsmassnahme" zahlreiche Arbeitsplätze unnötig gefährden würde.   |
| Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Festlegung nach freiem Ermessen unter Berücksichtigung des Arbeitsgesetzes)? [Bürger/-innenfrage] | Nein      | Es gibt in unserer Gesellschaft noch andere Freizeitbeschäftigungen als den Konsum! Die heutigen Angebote entsprechen den Bedürfnissen und genügen aus meiner Sicht.   |
| Soll die Schweiz die bilateralen Verträge mit der EU durch ein Freihandelsabkommen ohne Personenfreizügigkeit ersetzen?  | Nein      | Diese Frage stellt sich nicht unbedingt. Grossbritannien zeigt, wohin eine isolationistische Politik führt: Breite Bevölkerungsschichten leiden! Will man wirklich vorwärts machen, bieten sich alternativ nur EWR-Beitrittsdiskussionen an. Eine Mitgliedschaft (analog Norwegen oder Liechtenstein) wäre ein institutioneller Fortschritt gegenüber dem Status quo oder einem Rahmenabkommen. Der EWR würde der Wirtschaft Planungssicherheit und eine Marktöffnung geben, Integration und Kooperation schaffen. |
| Soll die Schweiz im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine die Neutralität strikter auslegen (z.B. Verzicht auf Sanktionen)?  | Nein      | Der russische Angriff auf die Ukraine hat weitreichende Folgen für die Demokratie und Sicherheit in der Ukraine, aber auch für ganz Europa und die Schweiz. Schweizer Neutralitätspolitik sollte im Dienste der Förderung und Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Friedensförderung stehen und der humanitären Tradition gerecht werden. Solidarität mit unseren europäischen Partnern ist zwingend.   |
| Befürworten Sie stärkere staatliche Eingriffe in den Energiemarkt (z.B. Energiepreisdeckel, Rückkehr von Unternehmen ins gebundene Preissystem)?                                 | Nein      | Eine Liberalisierung des Strommarktes ist eine Bedingung für eine volle Teilnahme der Schweiz am europäischen Strombinnenmarkt. Denn in einem gemeinsamen Markt müssen für alle dieselben Regeln gelten. Zunehmende Subventionierungen von etablierten Technologien (statt erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Erdwärme etc.), ohne klares Phasing-out oder Ablaufdatum, sind hinderlich für den Abschluss eines Stromabkommens.  |
| Befürworten Sie eine strengere Kontrolle der Lohngleichheit von Frauen und Männern im Kanton?  | Eher ja   | Die Frage erscheint (leider) etwas anachronistisch, aber offenbar immer noch aktuell. Grundsätzlich sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.   |

|   |           |  |
|---|-----------|--|
| Der Kanton Zürich plant einen Teil der Landwirtschaftszone in Flächen zur Förderung der Biodiversität umzuwandeln. Befürworten Sie dies?  | Ja        | Eine intensive landwirtschaftliche Produktion zum Preis eines raschen und starken Biodiversitätsverlusts entzieht uns langfristig unsere natürliche Lebensgrundlage. Das ist das Gegenteil von nachhaltig. Die Biodiversität im Kanton Zürich nimmt rasch und stark ab. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass es zu wenig Flächen zur Förderung der Biodiversität gibt. Deshalb müssen solche Flächen neu geschaffen und gefördert werden.   |
| Soll der Kanton Zürich strengere Massnahmen zur Förderung von günstigem Wohnraum ergreifen (z.B. Verkaufsverbot kantonaler Liegenschaften, stärkere staatliche Eingriffe in den Immobilienmarkt)? | Eher nein | Steigende Mietpreise sind insbesondere für die städtische Bevölkerung eine grosse Belastung, in ländlichen Regionen ist die Situation weniger akut. Einer Zersiedelung ist jedoch Einhalt zu gebieten und dies mit einem Strauss an koordinierten Einzelmassnahmen - v.a. auf kommunaler Ebene, was zielführender ist.   |
| Soll der Kanton bei den Klimaschutzmassnahmen vollständig auf Anreize und Zielvereinbarungen setzen, statt auf Verbote und Einschränkungen?   | Eher ja   | In erster Linie sollte auf Anreize gesetzt und nur bei Versagen dieser und in Einzelfällen auf Gebote und entsprechende Verbote ausgewichen werden. Kreativität und Innovation bei den Anreizsystemen ist gefragt und der zunehmend dringendere Handlungsdruck verlangt nach neuen Wegen (Steuerentlastung, gezielte/befristete/objektbezogene Subventionierung, Beteiligungen der und Risikoabfederung durch die öffentliche Hand etc.).  |
| Soll der Kanton Zürich neue Öl- und Gasheizungen befristet wieder zulassen (nicht nur in Ausnahmefällen)?   | Nein      | Eine befristete Wiederzulassung von Öl- und Gasheizungen wäre ein massiver Rückschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität unseres Kantons und würde die Innovations- und Investitionstätigkeit in erneuerbare Energien stark schwächen.  |
| Soll im Kanton Zürich auf die Verwendung fossiler Energieträger (z.B. Öl und Gas) bis spätestens 2050 verzichtet werden?  | Ja        | Das Ziel bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen, ist Ansporn und Innovationstreiber für die Energiewende. Eine sichere, nachhaltige, ressourcenschonende und saubere Energieversorgung ist mit dem richtigen Energiemix möglich.   |
| Befürworten Sie den Bau von Windrädern im Kanton Zürich (z.B. im Zürcher Oberland, Weinland oder auf dem Pfannenstiel)?   | Ja        | Der starke Ausbau der Windenergie, die ergänzend zur Solarenergie auch im Winter relevante Strommengen liefern kann, ist unbedingt zu befürworten. Dazu soll auch der Kanton Zürich einen Beitrag leisten.   |
| Soll das bestehende Bauverbot für neue Atomkraftwerke aufgehoben werden?  | Nein      | Die fossil- und nuklearfreie Stromversorgung der Schweiz bis 2040/2050 ist wirtschaftlich und umweltfreundlich möglich. Dafür braucht es jetzt den politischen Willen zu einem breiten Mix von verschiedenen erneuerbaren Energiequellen, verbunden mit einer effizienten Nutzung und intelligenten Steuerung. Die Kosten der Kernenergie – insbesondere mit den damit zusammenhängenden (nicht gelösten) Entsorgungsmodalitäten und -kosten sind weder konkurrenzfähig noch wirklich abschätzbar. |
| Befürworten Sie strengere Tierschutzregelungen für die Haltung von Nutztieren (z.B. permanenter Zugang zum Aussenbereich)?  | Eher ja   | Eine ökologisch nachhaltige, unternehmerische und multifunktionale Landwirtschaft ist das Ziel. Diese produziert gesunde Nahrungsmittel und erbringt wichtige gemeinwirtschaftliche Leistungen zugunsten der Gesellschaft. Dafür braucht es ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik. Das Ziel muss sein, dass die CH-Landwirtschaft Nahrungsmittel von hoher Qualität produziert, dabei dem Tierwohl einen hohen Stellenwert einräumt und nur minimal Düngemittel, Chemikalien u.a. einsetzt.   |
| Soll sich der Kanton Zürich stärker für den Erhalt des Service-Public-Angebots (z.B. Poststellen, ÖV-Verbindungen) in den ländlichen Gemeinden einsetzen?   | Eher ja   | Bei den Poststellen (evtl. Integration in Detailhandelsgeschäfte) und beim öffentlichen Verkehr ist der Erhalt in ländlichen Gemeinden wichtig bei einer zunehmend älteren Bevölkerung wichtig.  |
| Soll im Kanton Zürich die Infrastruktur für den Langsamverkehr (z.B. Velowege) ausgebaut werden?  | Ja        | Wer in der Stadt zu Fuss oder dem Velo unterwegs ist, tut nicht nur etwas für seine Gesundheit, sondern schont vor allem das Klima. Deshalb engagieren wir uns für eine attraktive und sichere Veloinfrastruktur und die Respektierung der / die Rücksichtnahme auf die restlichen Teilnehmenden am Langsamverkehr wie Fussgänger (bspw. Kinder, Betagte).   |
| Braucht es im Kanton zusätzliche Massnahmen zugunsten des motorisierten Individualverkehrs (z.B. Umfahrungsstrassen, Kapazitätsausbau, Parkplatzerhalt)?  | Nein      | Der motorisierte Individualverkehr ist einer der grössten Verbraucher fossiler Ressourcen und einer der grössten Emittenten von Treibhausgasen, Schadstoffen und Lärm. Die Verlagerung auf effizientere Verkehrsmittel wie den Velo- und Fussverkehr sowie den öffentlichen Verkehr müssen in Zukunft weiter gefördert werden.   |
| Sollen im Kanton Zürich Tempo-30-Zonen innerorts auf Hauptstrassen verboten werden?   | Nein      | Es soll den Gemeinden möglich sein, auch auf Hauptstrassen Tempo 30 einführen zu können, wenn die lokalen Gegebenheiten es erfordern.  |
| Sollte der Kanton Zürich die Benützung des öffentlichen Verkehrs stärker fördern (z.B. Verbilligung von Abonnements, Verdichtung des Netzes, Erhöhung der Frequenz)?                              | Eher ja   | Der Umstieg auf nachhaltige Mobilität ist wichtig, um bis 2040 klimaneutral zu werden. Dafür ist ein attraktives, dichtes Netz mit guten Anschlussmöglichkeiten essentiell. Mobilität soll generell auf das Notwendige reduziert werden und darf daher durchaus seinen Preis haben und etwas kosten.   |

|  |                         |   |
|--|-------------------------|---|
| Soll die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen im Kanton Zürich offengelegt werden müssen?  | Ja                      | Aus demokratischer Sicht ist die Transparenz der Partei- und Kampagnenfinanzierung ein richtiger, notwendiger Schritt. Es erscheint mir wichtig, dass die Wählenden wissen, wer in welche Partei oder Kandidatur investiert, um Interessenbindungen und allfällige Abhängigkeiten transparent zu machen, die die politische Arbeit (eventuell) beeinflussen könnten.  |
| Befürworten Sie den flächendeckenden Ausbau des Mobilfunknetzes nach 5G-Standard?  | Eher ja                 | Ein flächendeckendes 5G-Netz ist unerlässlich für einen agilen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Kanton Zürich. Damit verbundene Risiken bezgl. Datenschutz, Überwachung, Analyse von Interessen, Persönlichkeitsschutz etc. sind genau zu untersuchen und zu reduzieren bzw. zu beseitigen.   |
| Befürworten Sie eine stärkere sichtbare Präsenz der Polizei?   | Eher nein               | Im Bewusstsein, dass es absolute Sicherheit nicht geben kann, ist die Polizeipräsenz zielgerichtet und zurückhaltend einzusetzen. Ziel soll es sein, mit geringem Aufwand v.a. auf kommunaler Ebene das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung positiv zu beeinflussen. Polizei und Rettungskräfte sind jedoch auch angemessen vor Übergriffen zu schützen.   |
| Soll die Bewilligungspflicht für Demonstrationen in Zürich beibehalten werden (anstelle einer reinen Meldepflicht)?  | Ja                      | Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist es wichtig, dass Demonstrationen bewilligungspflichtig bleiben.  |
| Soll die Polizei zur Bekämpfung der Jugendkriminalität mehr Kontrollen durchführen (z.B. auf Messer und verbotene Gegenstände)?                                | Eher nein               | Jugendkriminalität wird durch mehr Kontrollen nicht bekämpft. Stattdessen muss die Prävention früher und stärker in den Fokus rücken.   |
| Würden Sie ein generelles Verbot von Software zur automatischen Gesichtserkennung begrüssen (z.B. bei Videoüberwachung)? [Bürger/-innenfrage]                  | Eher ja                 | Eine Software zur automatischen Gesichtserkennung ermöglicht eine Überwachung der Bürger:innen, die extrem weitgehend ist. Entsprechend sollte die Nutzung einer solchen Software stark beschränkt und nur in begründeten Ausnahmefällen mit einer klaren gesetzlichen Grundlage möglich sein.  |
| Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Wer sich nichts zuschulden kommen lässt, hat von staatlichen Sicherheitsmassnahmen nichts zu befürchten."                   | 5                       | Staatliche Regelungen beruhen auf einem gesellschaftlichen Konsens - historisch gewachsen und den aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungen angepasst. Diese sind zu respektieren, tolerant zu interpretieren, jedoch grundlegend für eine demokratische Gesellschaft. Einen Polizeistaat brauchen wir sicherlich nicht, sondern Augenmass und die Respektierung des Datenschutzes spielen dabei ebenfalls eine grosse Rolle! |
| Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Von einer freien Marktwirtschaft profitieren langfristig alle."  | 6                       | Wettbewerb ist kreativ und schafft immer wieder neue Angebote und Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft. Eine moderne Gesellschaft braucht diese Dynamik, um sich weiterzuentwickeln. Daher ist die freie Marktwirtschaft mit einem ausgebauten sozialen Netz, wie sie in der Schweiz existiert, ein gutes und erfolgreiches Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell.   |
| Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Vermögende sollen sich proportional stärker an der Finanzierung des Staates beteiligen als Personen mit wenig Vermögen."    | 6                       | Dies ist heute in der Schweiz der Fall - und auch richtig so, denn eine liberale, tolerante Gesellschaft sucht den Ausgleich und nicht ein soziales Auseinanderdriften, das die Demokratie am Ende schwächen würde.   |
| Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Für ein Kind ist es am besten, wenn ein Elternteil Vollzeit für die Kinderbetreuung zu Hause bleibt."                       | Gar nicht einverstanden | Für ein Kind ist Liebe und Zuneigung wichtig. Das Familienmodell ist dafür nicht entscheidend. Die Entscheidung, wie sich eine Familie organisiert, sollte diese selbst und unter Abwägung ihrer Interessen, ihrer finanziellen und beruflichen Situation und zum Wohle aller Familienmitglieder treffen können.  |
| Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Die fortschreitende Digitalisierung bietet deutlich mehr Chancen als Risiken."                                       | 5                       | Da die Digitalisierung voranschreitet bzw. nicht aufzuhalten ist, scheint ein aktives, vorausschauendes Handeln und Nutzen von Möglichkeiten angezeigt und wichtig.   |
| Wie beurteilen Sie diese Aussage: "Die Bestrafung Krimineller ist wichtiger als deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft."                                | 2                       | Eine liberal-soziale und tolerante Gesellschaft muss grundsätzlich versuchen, Integration zu fördern und nicht Ausgrenzung.   |
| Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: "Ein stärkerer Umweltschutz ist notwendig, auch wenn er zu Lasten des Wirtschaftswachstums durchgesetzt werden muss." | 5                       | Umwelt- und Klimaschutz sowie die Förderung nachhaltiger, ressourcenschonender Konzepte in Industrie, Dienstleistung und im Privaten sind entscheidend und in der Folge sind diese Ideen Antrieb für Innovation und Kreativität in Gesellschaft und Wirtschaft und damit in deren Interesse.  |